



**- EHRENAMT -**

Qualifikation für freiwillige Helfer gestartet. *Seite 2*



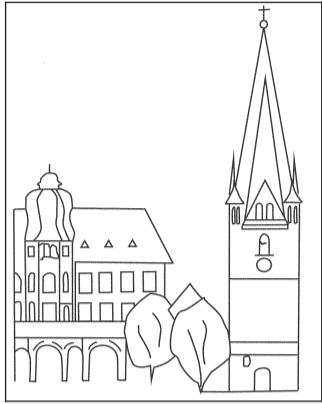
**- FALSCHES VERSPRECHEN -**

Neuer Abzock-Brief ist in Menden aufgetaucht. *Seite 3*



**- GEDENKEN -**

Kantorei plant Gedenkkonzert für Theo Disselkamp *Seite 5*



**MENDEN**

**REDAKTION:**  
**TELEFON:** 02373 928020  
**TELEFAX:** 02373 928050  
**SPORT:** 02373 928030  
**E-MAIL:**  
menden@westfalenpost.de  
menden-sport@westfalenpost.de  
**LESERSERVICE:** 01802 404078\*  
**TELEFAX:** 01802 404088\*  
**ANZEIGENANNAHME:**  
01802 404038\*  
**TELEFAX:** 01802 404088\*  
\*6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute

**MAL GANZ PRIVAT**



Birgit Kalle

Jetzt ist es offiziell, mein frisch gedruckter Personalausweis bescheinigt es schwarz auf grau-grün-braun: Ich wohne ab sofort in Menden. Aber bin ich damit auch tatsächlich eine Mendenerin? In meiner Heimatstadt Soest hieß es immer, man sei nur dann eine waschechte Soesterin, wenn man nicht nur in Soest geboren ist, sondern auch alle vier Großeltern auf dem städtischen Friedhof begraben liegen. Vielleicht sind die Mendener ja nicht ganz so streng mit mir. Ich bin jedenfalls gespannt, wie es sich hier so lebt – ob als Mendenerin oder als Zugezogene, wobei „Zugezogene“ doch irgendwie komisch klingt, oder?

**KOMPAKT**

**HJS rüstet Busse in Madrid mit Abgasfiltern aus**

**MENDEN.** (wp) Der Abgasspezialist HJS Emission Technology aus Menden liefert Abgas-Nachbehandlungssysteme für 485 Stadtbusse in die spanische Hauptstadt Madrid. Die Nachrüstung der Busse soll die Belastung der Stadt mit Schadstoffen wie Stickoxide und Rußpartikel entlasten helfen.

HJS hatte die Ausschreibung für das Projekt gewonnen. Nach Angaben der Stadtverwaltung von Madrid sollen alle Busse mit umweltschonender Technologie ausgestattet werden.

HJS zufolge ist das System SCRT (Selective Catalytic Reduction Technology) das zurzeit wirkungsvollste Abgas-Nachbehandlungssystem. Es senkt den Rußpartikelaustritt von Dieselmotoren um 99 Prozent und Stickoxidemissionen um bis zu 90 Prozent.



Joachim Fischer ist hauptamtlicher Referent für Klettern und Naturschutz beim Deutschen Alpenverein. Er machte sich gestern im Hönnetal vor Ort ein Bild. WP-Foto: Martina Dinslage

**Kletterverbot: Rüffel für Märkischen Kreis**

Bezirksregierung: Naturschutz im Hönnetal muss durchgesetzt werden

Von Thorsten Bottin

**MENDEN/BALVE.**

Im Falle des Kletterverbotes für das Hönnetal (WP berichtete) hat sich der Märkische Kreis einen Rüffel von der Bezirksregierung Arnberg eingehandelt. Die Kreisverwaltung habe das Naturschutzgebiet Hönnetal und das Kletterverbot nicht zügig genug ausgewiesen, so der Vorwurf. Die Antwort des Kreises: zu wenig Personal.

Von dem Kletterverbot, das seit Jahren im Hönnetal bestehen soll und das die Bezirksregierung nun durchsetzen will, hatten weder die Öffentlichkeit noch Kletterverbände etwas gewusst. Wie es nach Ansicht der Bezirksregierung dazu kommen konnte, beschreibt Pressesprecher Dr. Christian Chmel: „Im vorliegenden Fall wäre es der gesetzliche Auftrag zunächst des Märkischen Kreises gewesen, nach Aufnahme des Hönnetals in die Liste der FFH-Gebiete vor Ort eine Schutzgebietsausweisung vorzunehmen – auch um Missverständnisse möglichst zu vermeiden.“

Gleichzeitig sei klar: Wenn ein Kreis diesem gesetzlichen Auftrag nicht zügig nachkomme, sei es Aufgabe der Bezirksregierung als zuständige Aufsichtsbehörde, die Einhaltung von Naturschutzbestimmungen samt Kletterverbot einzufordern.

Auch die Kletterverbände wie der Deutsche Alpenverein

(DAV) entlässt Dr. Chmel nicht aus ihrer Verantwortung: Die Rechtslage sei „allen beteiligten Akteuren“ bekannt gewesen. „Sie wurde u.a. auch im Jahre 2010 im Zuge des Fachdialogs der Bezirksregierung mit den Kletter- und Naturschutzverbänden noch einmal eingehend erörtert.“

Der Märkische Kreis verwies gestern darauf, dass das FFH-Schutzgebiet Hönnetal



So etwas machen Kletterer nicht. *Joachim Fischer*

im neuen Landschaftsplan Balve ausgewiesen werden solle. Die Ausarbeitung des Landschaftsplanes habe man im März 2012 „auf den Weg gebracht“. Gestern Abend wurde der Entwurf im Kreisausschuss ohne weitere Debatte „durchgewunken“. Darüber hinaus erfolge „die Fortschreibung von Landschaftsplänen und die Kontrolle der Umsetzung im Rahmen der vorhandenen personellen Ausstattung.“ Was dahingehend zu interpretieren ist, dass für eine frühere Ausweisung des Schutzgebietes und die Durchsetzung des Kletterverbotes das Personal fehlte.

In einem Punkt sind sich Kreisverwaltung und Bezirksregierung jedoch einig. Ob es Ausnahmen vom absoluten Kletterverbot geben kann, hängt vom Ergebnis einer Umweltverträglichkeitsstudie ab. „Die Verbände müssten nachweisen, dass das Klettern in

Bereichen des Hönnetals keine schädlichen Auswirkungen auf das geschützte Gebiet und seine Lebensformen hat“, erklärt Dr. Chmel von der Bezirksregierung. Er berichtet, dass bei einem Ortstermin im Oktober 2011 an den Hönnetal-Felsen „offene Feuerstellen, ausgetretene Trampelpfade, Kletterhaken und Nachrichtenboxen in zum Teil blankgegriffenen Felsen, darüber hinaus in Felsen geritzte Schmierereien (in Höhen, die nur von Kletterern erreicht werden)“ festgestellt wurden.

Vorwurf von Alpenverein

Der DAV hat mittlerweile die Umweltverträglichkeitsstudie in Auftrag gegeben. Mit einem Ergebnis wird nicht vor Sommer gerechnet. Der nordrhein-westfälische Naturschutzwart des DAV, Joachim Fischer, sieht aber keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen dem Naturschutz und dem Klettern. Er vermutet hinter dem Kletterverbot für das Hönnetal eine Klientelpolitik der rot-grünen Landesregierung. Fast alle Klettergebiete in Nordrhein-Westfalen seien gesperrt – und mit dem Hönnetal nun auch einige der letzten verbliebenen Kletterfelsen. „Die waren sehr wichtig für unsere Ausbildung“, sagt er. Klettern und Naturschutz müsse geregelt werden, betont er – „aber man sollte das Klettern nicht pauschal verbieten“. Dass Kletterer Lagerfeuer anzünden und Müll am Felsen zurücklassen, kann er sich nicht vorstellen. „So etwas machen Kletterer nicht.“

**Aufwand für Neuwahl**

Neue Software, Ersatz für nicht mehr vorhandene Wahllokale

Von Pia Maranca

**MENDEN.** Auf der Internetseite der Stadt ist es bereits angekündigt: Am 6. oder 13. Mai wird der NRW-Landtag neu gewählt. Für Alfred Schmidt, der als Leiter der Rathaus-Abteilung Zentrale Steuerung für die Wahlen zuständig ist, bedeutet das „eine Menge Arbeit.“ Denn die Neuwahl fällt in den Zeitraum, in dem auch das Bürgerbüro umzieht.

Die Verwaltung hat die neue Meldebehörden-Software Me-so im Einsatz. Auch die dazugehörige Wahlkomponente des Programms steht erst seit kurzem zur Verfügung. „Die Testwahl wird jetzt die Landtags-Neuwahl“, sagt Schmidt.

Es gelten die Wahlbezirke aus der Landtagswahl aus dem

Jahr 2010. In **46 Wahllokalen – und acht Briefwahllokalen** – können Mendener ihre Stimmen abgeben. Besonderheit: Die Verwaltung muss für vier Lokale einen Ersatz suchen. Denn Wahllokale wie zum Beispiel die Lendringser Schützenhalle und das Gebäude der Kita Arndtstraße stehen nicht mehr zur Verfügung. In Lendringens wird wohl dieses Mal kein Briefwahllokal angeboten werden können. Denn zum 30. März zieht die Meldeabteilung ins Lendringser Büro, dort bleibt dann wenig Platz. Im Ratssaal ist die Briefwahl allerdings weiter möglich. Und auch per Fax und im Internet können Mendener die Wahlunterlagen bestellen.

Rund **400 Wahlhelfer** sollen für den reibungslosen Ablauf

der Neuwahl sorgen. Wahlvorsteher, dessen oder deren Stellvertreter sowie Schriftführer werden mit städtischen Mitarbeitern besetzt. „Damit wir sie auf jeden Fall auch noch an den Folgetagen erreichen können“, so Alfred Schmidt.

Die Kosten für die Neuwahlen übernimmt nicht komplett das Land: „Geringe Kosten werden wir selbst schultern müssen“, sagt Schmidt. Wie hoch der Anteil ist, zeige sich erst später.

In Menden werden etwa **43 000 Personen wahlberechtigt** sein. Bei der letzten Landtagswahl lag die Wahlbeteiligung bei rund 57 Prozent. Ob das am möglichen Wahltermin 13. Mai auch so sein wird? Denn dann ist Muttertag.

Sparkassen Finanzgruppe

**„Schenk mir deine Hand“ – der Benefiz-Award der Sparkasse**

**Sparkasse Märkisches Sauerland Hemer - Menden**

Ihr gemeinnütziger Verein aus Hemer oder Menden plant ein wichtiges Projekt? Und alle packen mit an für etwas, das der Gemeinschaft dient? Dann bewerben Sie sich mit Ihrem Projekt bis zum 30.04.2012 um unseren Benefiz-Award: Wir prämiieren die engagiertesten Projekte mit insgesamt 15.000 EUR. **Details und Bewerbung unter [www.sms-hm.de](http://www.sms-hm.de) oder 02372 508-1112.**